

Stand

EDU+UDF punkt

Christlich-politische Monatszeitung
Offizielles Organ der Eidgenössisch-
Demokratischen Union EDU

35. Jahrgang | Nr. 4 | April 2015 | www.edu-schweiz.ch

Auflage: 25000

SCHLEICHENDER EU-BEITRITT

Schweiz – noch unabhängig?

Die Souveränität der Schweiz wurde von unseren Vorfahren unter Einsatz ihres Lebens und mit vielen Entbehrungen erkämpft und verteidigt.

Unser Bundesrat ist nun daran, diese Freiheit kampflos der EU preiszugeben. Seit der Gründung der EU (Maastrichter-Vertrag 1992) kommt immer wieder die Forderung, dass unser Land EU-Recht ohne Einschränkung übernehmen müsse.

Drei Säulen

Die letzten Vorverhandlungen zwischen Unterhändlern der Schweiz und der EU führten zu einem sog. «Non-Paper», das am 13. Mai 2013 drei Säulen definierte, welche die von der EU geforderte «institutionelle Einbindung» der Schweiz in die Strukturen der EU konkretisieren.

1. Die Schweiz hat alle EU-Beschlüsse zu Sachbereichen, die in heutigen und künftigen bilateralen Verträgen geregelt werden, automatisch zu übernehmen (faktisch: Übernahme des *acquis communautaire*).

2. Die Schweiz hat den EU-Gerichtshof als höchste, unanfechtbare richterliche Instanz bei Meinungsverschiedenheiten zur Auslegung von bilateralen Verträgen anzuerkennen.

3. Sollte die Schweiz Entscheide des EU-Gerichtshofs – z. B. wegen eines abweichenden Volksentscheids – nicht übernehmen können, spricht Bern der EU ausdrücklich das Recht zu, Sanktionen (also Strafmassnahmen) gegen unser Land zu erlassen.

Seit der Gründung des überparteilichen Komitees «EU-NO» ist die EDU darin vertreten und kämpft gegen die Übernahme solcher Vereinbarungen.

Falls Sie immer auf dem neusten Stand sein möchten, können Sie den Newsletter unter www.eu-no.ch/seiten/anti-eu-newsletter-bestellen_4 abonnieren. Selbstverständlich werden wir Sie auch in unserem Parteiorgan laufend auf dem Neusten halten.



Roland Haldimann,
Mitglied Geschäftsleitung EDU Schweiz

FRÜHLING – NEUES LEBEN ERWACHT

Was ist unsere Aufgabe?

Überall hört man es... Frühlingserwachen, wie schön, diese Sonne, diese Wärme, das Spriessen der Frühlingsblumen – einfach wunderbar!

Doch ist es auf der ganzen Welt so schön? Was die Natur anbelangt sicher schon, aber bei der Wahrnehmung der Umstände leider gar nicht. Bei nüchterner Betrachtung sehen wir viele dunkle Wolken, Krieg und Armut, vielerorts kämpft die Bevölkerung ums nackte Überleben. Was läuft falsch? Es ist eine biblische Wahrheit, dass der Gegenspieler Gottes, Satan, existiert. Deshalb ist nicht alles schön und läuft ohne Probleme ab.

Als Nachfolger Jesu Christi sollen wir, jeder an seinem Platz, das Beste geben, unsere Mitmenschen achten, aber auch die gute Nachricht von Gottes Angebot der Vergebung weiterverbreiten – auch in der Politik. Ich danke jedem, der sich für die EDU einsetzt, damit eine klare, unmissverständliche und an den biblischen Prinzipien orientierte Politik gemacht werden kann. Sie helfen mit, indem Sie uns bei den kommenden regionalen, kantonalen und eidgenössischen Wahlen mit dem Einwerfen der unveränderten EDU-Liste unterstützen.

a. GR Martin Friedli,
Mitglied Geschäftsleitung EDU Schweiz



«Ich bin die Auferstehung und das Leben; wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt.» Joh. 11,25

Herzlich willkommen in Olten!

Bild: Harold Salzmann

Am 11. April 2015 findet um 14 Uhr im Hotel Olten in Olten die 40. ordentliche Mitgliederversammlung der EDU Schweiz statt.

Das Programm wird von der Wahl der Geschäftsleitung und unserem 40-Jahr-Jubiläum geprägt sein. Die Delegiertenversammlung findet am Vormittag im gleichen Hotel statt. Nach dem gemeinsamen Mittagessen beginnen wir um 14 Uhr mit dem statutarischen Teil.

Wahl der GL

Nachdem vor vier Jahren eine Verjüngung der Geschäftsleitung gewünscht worden war, stehen wir nun im Wahljahr 2015 vor Neuwahlen. Leider wurden uns bis jetzt keine neuen Geschäftsleitungsmitglieder vorgeschlagen, was aber aus der Mitte der Versammlung am 11. April noch gemacht werden kann. Andererseits stellen sich alle Mitglieder der Geschäftsleitung zur Wiederwahl, hoffen aber, dass nach diesen Wahlen Vorschläge für neue Geschäftsleitungsmitglieder gemacht und entsprechende Gespräche geführt werden können.

40 Jahre EDU

Die Feier des 40-Jahr-Jubiläums hat die Geschäftsleitung in Zusammenarbeit mit der Wahlkommission auf das gleiche Datum wie den Wahlauftakt angesetzt. Auch darüber werden wir informieren. Liebe Mitglieder und Freunde der EDU Schweiz, Ihr seid ganz herzlich eingeladen, an dieser Jubiläums-Mitgliederversammlung mit uns über den künftigen Werdegang unserer Partei zu diskutieren, Wahlen abzuhalten und unser Jubiläumsjahr einzuläuten.

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

SCHULUNGSTAG MIT WAHLKAMPFEXPERTE DR. LOUIS PERRON

«Wahlkampf – Erfolgsgarantie oder Geldverschwendung?»

Worauf kommt es im Wahlkampf an: Kandidat, Partei, Geld oder Berater? An unserem Schulungstag geht es um die Kunst und die Wissenschaft von schlagkräftigen Wahlkämpfen.

Die Kandidaten lernen erfolgsversprechende Strategien, persönliche Tipps und Tricks kennen. Am Ende des Tages

soll jeder Kandidat seinen persönlichen Wahlkampf-Plan erarbeitet haben. Auch Wahlhelfer, Vorstandsmitglieder, Freunde und Bekannte der EDU erhalten am Schulungstag hervorragende Orientierung, um den Kandidatinnen und Kandidaten unterstützend zur Verfügung zu stehen.

Herzliche Einladung

Der Wahlkampfexperte Dr. Louis Perron führt durch den Schulungstag. Er hat

während der letzten Jahre mehr als ein Dutzend Wahlkämpfe gewonnen und ist in allen drei Sprachregionen und allen grösseren Kantonen aktiv. Nebst Parteien berät er auch Firmen wie Coop, Swisscom und SBB (siehe auch: www.wahlkampf-analyse.ch, www.perroncampaigns.ch). Zu diesem Schulungstag sind nicht nur Kandidierende, sondern alle Freunde, Bekannte und Sympathisanten der EDU herzlich eingeladen. Dieser Tag bietet die Möglichkeit, das persönliche Wissen rund um einen Wahlkampf zu erweitern, Kräfte richtig einzusetzen, in der politischen Aufgabe und im persönlichen Alltag erfolgsversprechende Grundlagen zu nutzen (siehe auch Seite 20).

Im Weiteren werden die Wahlkommission und die Geschäftsleitung der EDU Schweiz über den Stand der Wahlvorbereitung informieren und insbesondere die teilnehmenden Kantone vorstellen.

Die Schulung findet am Samstag, 18. April 2015, von 9.30 bis 15.30 Uhr im Hotel Olten, Bahnhofstrasse 5, 4601 Olten (www.hotelolten.ch) statt.

Wir freuen uns auf Sie!

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

Anmeldetalon

Ich melde mich/uns zum EDU-Schulungstag vom 18. April 2015 in Olten an:

Vorname/Name: _____

Adresse: _____

PLZ und Ort: _____

Telefon/E-Mail: _____

Talon bis spätestens 10. April einsenden an:

Zentralsekretariat EDU, Postfach 2144, 3601 Thun

Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44

E-Mail: info@edu-schweiz.ch oder auf www.edu-schweiz.ch



NOCH 6 MONATE BIS ZU DEN NATIONALRATSWAHLEN...

Für die Familie!

Mit dieser Ausgabe des «EDU-Standpunkts» greifen wir das erste Kernthema der EDU auf: Für die Familie!

Gesunde Familien sind die tragenden Säulen einer Gesellschaft. Wenn diese bröckeln, wird der Staat stärker belastet, was sich z. B. in dem massiven Anstieg der Sozialausgaben in den letzten Jahrzehnten zeigt. Die EDU setzt sich deshalb dafür ein, dass die Politik alles tut, um stabile Familien zu fördern. Dabei orientiert sich die Partei am biblischen Ideal einer lebenslangen Ehe zwischen Mann und Frau, welche die beste Grundlage für das Aufwachsen von Kindern ist. Gleichzeitig nimmt die EDU die Bedürfnisse und Nöte derjenigen ernst, die ausserhalb dieses Ideals leben, wie z. B. alleinerziehende Mütter oder Väter.

Innerhalb dieses Kernthemas setzt sich unsere Partei drei Schwerpunkte:

- Finanzielle Entlastung und Förderung der Familie
- Stopp der Gender Ideologie und
- Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor einer Übersexualisierung.



Martin Friedli war von 1997 bis 2012 Grossrat im Kanton Bern und Mitglied der Finanzkommission. In seinem Artikel erläutert er, wie sich die EDU bisher für Familien einsetzte und was noch zu tun ist. Daniel Beutler ist Hausarzt und Mitglied des Initiativkomitees «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule». Im September 2015 wird er im bernischen Grossen Rat Einsitz nehmen. Seine Artikel zu Frühsexualisierung und Gender gehen auf die aktuellen Herausforderungen ein, die von einer ideologischen Umerziehung ausgehen (siehe Seiten 4–6).

Samuel Kullmann,
Politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

EINE FRAGE AN NATHANAEL KAUFMANN

Für welche Anliegen sollte sich die EDU einsetzen?

«Von der EDU erwarte ich, dass sie sich für christliche Werte in der Gesellschaft stark macht. Das Verständnis der Ehe als eine lebenslange Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, die Stärkung von Ein-Verdiener-Familien und der Einsatz gegen Abtreibung sind nur einige der Themen, welche die EDU auszeichnen. Keine andere Partei nimmt dazu so klar und eindeutig Stellung. Für mich gehören diese Werte-Themen zu den Kernaufgaben der EDU. Gleichzeitig wünsche ich mir, dass es uns als Partei gelingt, nicht nur das Negative zu sehen, sondern v. a. auch Lösungen und Möglichkeiten aufzuzeigen.»



Nathanael Kaufmann, 31-jährig, verlobt, Ausbildung zum Primarlehrer, tätig als Sekundarlehrer, Koordinator Kantonsratswahlen EDU Bezirk Hinwil, wohnhaft in Hinwil ZH

AUFGESPIESST

Sonderschulquote wächst rasant

Zum öffentlichen Bildungsauftrag gehört auch die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung. Das Schulsystem sieht hierfür verschiedene Möglichkeiten vor, auch jene der integrierten Sonderschulung in der Regelklasse.

Nach der Einführung der integrativen Sonderschulung wurde eine positive Bilanz gezogen, doch sie hat auch dazu geführt, dass die Zahl der Sonderschüler massiv angestiegen ist und die Kosten explodiert sind. Lag die Sonderschulquote 1999 im Kanton Zürich noch bei 1,7%, stieg sie bis ins Jahr 2012 auf mehr als das Doppelte, nämlich 3,7%. Dies blieb nicht ohne Kostenfolge. So haben sich diese von knapp 140 Mio. CHF im Jahr 1999 auf rund 380 Mio. CHF im Jahr 2012 beinahe verdreifacht. Insbesondere mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes ab 2007 wurde die Integration und speziell die integrative Sonderschulung stark gefördert. Das Ziel, dass mehr Sonderschüler in der Regelklasse verbleiben können, wurde erreicht. Die Quote der integrierten Sonderschüler, welche in der Regelklasse unterrichtet werden, hat sich von 0,3% auf 1,6% verfünffacht. Die Förderung der integrativen Schule hat aber auch dazu geführt, dass heute bei mehr Schülern geistige Behinderungen oder Verhaltens- und Lernschwierigkeiten diagnostiziert werden.

Profitieren um jeden Preis

Unsere Gesellschaft hat sich dahingehend verändert, dass Angebote der öffentlichen Hand ohne Zögern vermittelt und in Anspruch genommen werden, was sich dann in hohen Ausgaben niederschlägt – dies nicht nur im Bildungsbereich.

Thomas Käser

EDU unterstützt und entlastet die Familie

Mit aller Kraft setzt sich die EDU für familienfördernde Massnahmen in der Gesellschaft ein und engagiert sich auch bei Wert- und gesellschaftlichenhaltungsfragen, wie z. B. dem Lehrplan 21 und der Entwicklung bezüglich Frühsexualisierung der Kinder.

Öffentlich stellt sich eigentlich niemand gegen eine effiziente Familienförderung. Über die Form derselben wird jedoch politisch häufig gestritten und die Meinungen gehen oft stark auseinander. Die Definition «Familie» wird auch sehr kontrovers diskutiert und das traditionelle Verständnis wird in Frage gestellt. Was kann da noch gefördert werden? Die EDU vertritt dazu eine klare Haltung, denn sie setzt sich für die traditionelle Ehe und Familie ein, für sozial schwache Familien wie auch Alleinerziehende. Die Entwicklung der Gesellschaft liegt der EDU generell am Herzen. Die Fragen nach dem Wie, Was und Wo sind politische Themen, welche alle Bereiche des Lebens betreffen und rege diskutiert, abgewogen und entschieden werden. Die ganze politische Parteilinie beschäftigt sich damit, die Resultate ihrer Aktivitäten sind jedoch manchmal aus unserer Sicht kaum nachvollziehbar.

Politik für die Familie

Die EDU will den Familien in Wert- und gesellschaftlichenhaltungsfragen Unterstützung bieten. Demzufolge engagieren wir uns in allen Lebensfragen, welche ein geordnetes, lebenswertes und schönes Leben bieten können. Die Orientierung an den biblischen Werten ist auch eine der grundlegenden familienfördernden Voraussetzungen, welche wir in der Gesellschaft propagieren. Ein starkes ethisches Verständnis als Voraussetzung ist für die intakte Familie nicht wegzudenken.

Dazu kommt die finanzielle Unterstützung, sei diese privat durch eine Integration in entsprechende Institutionen, welche sich in Lebensfragen stark engagieren aber auch durch staatliche Hilfe.



Finanzielle Entlastung

Im Kanton Bern hat die EDU einen Leistungsausweis hinsichtlich der finanziellen Familienunterstützung. So konnte sie in den letzten 10 Jahren durch ihre spezielle Stellung bezüglich der politischen Mehrheiten einiges bewegen. Infolge der parteipolitischen Verhältnisse und durch die Unterstützung der Familien- und werteorientierten Parteien konnten die Kinderabzüge bei den Steuern verdoppelt werden. Bei der Beratung und Anpassung des entsprechenden Gesetzes erhalten, dank der Initiative der EDU-Exponenten im Grossen Rat, Familien im Kanton Bern heute 15% höhere Kinderzulagen als das bundesweite Minimum. Insgesamt wurden und werden dadurch den Familien rund 100 Mio. CHF pro Jahr zugeführt. Dies brachte den Familien, insbesondere auch dem Mittelstand, merkbare Entlastungen. Die höheren Kinderzulagen werden von den Arbeitgebern getragen, wobei der Kanton Bern selber auch ein grosser Arbeitgeber ist. Die EDU fand es opportun, dies den Arbeitgebern zu Gunsten der Familien mit Kindern zuzumuten, obwohl es sich um einen Kostenbetrag von über 60 Mio. CHF handelt. Zu meiner Freude hörte ich hie und da, dass dadurch die finanzielle Belastung der Familien und von Alleinerziehenden abgenommen habe und demzufolge auch bemerkt wurde.

Christliche Werte

Die EDU setzt sich auch in den Wertvorstellungen zu Gunsten der Familien ein. So engagiert sie sich stets in bildungspolitischen Fragen, wie z. B. beim Lehrplan 21 und gegen die allgemeine Sexualisie-

rung der Kinder im Schulalter. Die Ideologie Gender Mainstreaming wird von uns als nicht familienfördernd eingestuft, deshalb lehnen wir sie auch ab. Die heranwachsenden Kinder leiden in unserer Gesellschaft vermehrt unter der Abwesenheit eines Elternteils, sei es Vater oder Mutter. Diese Entwicklung betrachtet die EDU mit Sorge. Ein vermehrter Jugendschutz ist unumgänglich, ein entsprechendes politisches Engagement muss weiterverfolgt und umgesetzt werden. Die gesellschaftlichen Entwicklungen sind kritisch zu hinterfragen, denn die Familie ist die staatstragende Institution unseres Landes wie auch in der Wirtschaft. Wir sind auf gesunde Menschen als Teilnehmer in unserer Gesellschaft angewiesen; die Politik trägt diesbezüglich auch eine Verantwortung. Somit gilt es nebst der Selbstverantwortung jedes Einzelnen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen, welche von der Öffentlichkeit beeinflusst werden, positiv zu gestalten, bzw. zu erhalten. Biblisch-ethische Grundsätze sind dabei entscheidend. Demzufolge ist die Politik gefordert, insbesondere auch die EDU, welche diese Wertmassstäbe klar vertritt.

Sie helfen mit!

Durch Ihre Unterstützung der biblisch orientierten Grundsätze in der Politik können auch Sie zu familienfördernden Massnahmen beitragen. Um diese Wertmassstäbe weiterhin vertreten zu können, danken wir Ihnen für Ihre tatkräftige Unterstützung unserer Politik, insbesondere auch bei den bevorstehenden Eidgenössischen Wahlen vom kommenden Oktober.

a. Grossrat Martin Friedli

Das Zitat

«Das erste, das der Mensch im Leben vorfindet, das letzte, wonach er die Hand ausstreckt, das kostbarste, was er im Leben besitzt, ist die Familie».

Adolf Kolping, 8.12.1813–4.12.1865, deutscher katholischer Priester und Begründer des Kolpingwerkes.

INITIATIVE «JA ZUM SCHUTZ VOR SEXUALISIERUNG IN KINDERGARTEN UND PRIMARSCHULE» HATTE WEDER BEIM BUNDESRAT NOCH IM PARLAMENT EINE CHANCE

Hände weg von unseren Kindern!

Nebst einer natürlichen Sexualentwicklung gibt es andererseits auch eine unnatürliche Sexualisierung, welche bar jeglicher Regeln dem Lustprinzip folgt und eine Sexualität propagiert, welche mit wem auch immer, wo auch immer und wie oft auch immer gelebt werden soll.



Das ist der Zeitgeist, könnte man sagen und diese weltliche Sache weltlich sein lassen – wäre da nicht der Griff nach unseren Kindern!

Love (Sex)Life

Einige hundert Meter von unserem Haus entfernt, an der Rückwand einer Bushaltestelle hing während Wochen ein über-grosses Plakat mit einem halbnackten lesbischen Paar der sog. «Love Life» Kampagne des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Ich habe bis heute nicht begriffen, welche Rolle dort Kondome spielen. Hingegen mussten wir alle schon bald einmal begreifen, mit welcher Selbstgefälligkeit und Arroganz hier vorgegangen wurde. Ungeachtet aller Proteste, welche beileibe nicht nur aus dem christlichen Lager kamen und ungeachtet aller Bedenken hinsichtlich Kinder- und Jugendschutz, hat das BAG diese Sache durchgezogen. Gerade diese Vermessenheit eines Bundesamtes, dessen höchstes Ziel eigentlich die Volksgesundheit sein müsste, macht die Schutzinitiative so notwendig, denn nur sie kann unsere Kinder vor einer von Grunde auf fehlgeleiteten Willkür des BAG schützen!

Ignoranz auf höchster Ebene

Es ist bedenklich, dass weder der Bundesrat noch die zuständigen Kommissionen auf die Bedenken der Initianten eingingen und sich auch durch die differenzierte Argumentation verschiedener Fachleute nicht umstimmen liessen. Es ging sogar so weit, dass offensichtliche Widersprüche unter den Tisch gewischt oder ganz einfach nicht erkannt wurden. Just am

Tag der bundesrätlichen Botschaft, dass die Initiative unnötig sei, da ja bereits heute im Kindergarten und bis gegen Ende der Primarschule kein obligatorischer Sexualkundeunterricht stattfindet, lehnte das Bundesgericht die Dispensationsgesuche von Basler Eltern ab, welche ihre Kinder vom obligatorischen Sexualkundeunterricht befreien wollten, denn im Kanton Basel-Stadt ist ein solcher ab Kindergarten bereits Tatsache.

Feigenblatt der Wissenschaftlichkeit

Schlimmer noch als diese offensichtliche Ignoranz ist die Tatsache, dass das «Grundlagenpapier Sexualpädagogik» des BAG für wissenschaftlich erklärt wird, obschon es auf umstrittenen Arbeiten von Sexualpädagogen basiert, die pädophilen Kreisen nahestehen. Zweckmässigkeit oder gar Notwendigkeit von Sexualkundeunterricht im Kindergarten und in den ersten zwei Schuljahren wurden wissenschaftlich noch nie begründet. Im Gegenteil – es gibt neuere Untersuchungen, die zeigen, dass es in Ländern, in welchen die Frühsexualisierung vorangetrieben wird (z. B. Norwegen, Schweden, Grossbritannien), unter Jugendlichen zu einer Zunahme von Geschlechtskrankheiten kam. Das Vorhaben, Schweiz-weit obligatorischen Sexualkundeunterricht ab Kindergarten einzuführen, ist v. a. ideologisch und nicht wissenschaftlich motiviert.

Destruktive Kräfte

Dabei spielt die sog. «Sexualpädagogik der Vielfalt» nach Uwe Sielert eine grosse Rolle und wird dementsprechend oft im Grund-

lagenpapier zitiert. Diese beinhaltet die Entnaturalisierung der Heterosexualität und bedeutet letztlich die Auflösung der Kernfamilie. Einen ähnlichen ideologischen Hintergrund weist die umstrittene «Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz (SGS)» auf. Das dürfte der Grund dafür sein, dass der Bundesrat vor kurzem einem Postulat des Tessiner Nationalrates Fabio Regazzi zustimmte. Dieser fordert, dass die Wissenschaftlichkeit dieser dubiosen Grundlagen einer unabhängigen Überprüfung unterzogen wird.

Ein vernünftiger Weg

Die Initiative sieht einen freiwilligen Sexualkundeunterricht ab dem vollendeten 9. Altersjahr vor, sowie die Vermittlung von Wissen über die menschliche Fortpflanzung und Entwicklung im Rahmen des Biologieunterrichts ab dem 12. Altersjahr. Der Lehrplan 21 hat Grundgedanken der Volksinitiative übernommen. So soll bis zum Alter der dritten Primarklasse kein Sexualkundeunterricht durchgeführt werden.

Scham als Immunsystem

In der Diskussion kann immer wieder beobachtet werden, dass der Begriff «Scham» mit sexueller Verklemmtheit gleichgesetzt wird. Das ist fatal und dürfte einen erheblichen Teil der Opposition gegen die Initiative begründen. Dabei ist Scham quasi das natürliche Immunsystem einer gesunden sexuellen Entwicklung und gibt die Taktfrequenz in der Auseinandersetzung mit dem Thema Sexualität in der Familie vor. Verklemmtheit hingegen hat dort keinen Platz. Die sexualpädagogischen Ansätze des BAG sind nichts anderes als ideologisch gefärbte Experimente, die jeglicher wissenschaftlicher Grundlage entbehren. Die Verletzung des Schamgefühls von Kindern bricht die Grenzen einer gesunden Sexualität. Zurück bleiben verwirrte und in ihrer Integrität verletzte Kinder, welche anfällig sind für sexuelle Grenzverletzungen (z. B. im Internet) und Missbrauch. Deshalb – Hände weg von unseren Kindern!

Dr. med. Daniel Beutler-Hohenberger,
Mitglied des Initiativkomitees

Gesellschaftspolitischer Kahlschlag!

Bemerkenswert ist die leidenschaftliche, antichristliche Gesinnung, welche dem GM zugrundeliegt. Bedenklich ist zudem, wie sehr sich dieses Umerziehungsprogramm bereits etabliert hat und in Bereiche des täglichen Lebens eingedrungen ist.

Weltweit herrscht in diesen Tagen Empörung über die Zerstörungswut der verblendeten Gotteskrieger, die im Nordirak antike Stätten und Museen dem Erdboden gleichmachen und dabei jahrtausendealte Objekte von unschätzbarem Wert zerstören. Sie folgen dem Gebot Mohammeds, keine bildliche Darstellung von Gott oder Menschen zu dulden. Nun – bei den IS-Kämpfern geht es um steinerne Monumente und Marmorköpfe – beim GM geht es um die menschliche Gesellschaft und das ihr zugrundeliegende Wertesystem der traditionellen Familie, einem Grundpfeiler der europäischen Hochkultur.

Aufgezwungene Befreiung

Im Zentrum des GM steht die Aufhebung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern, basierend auf der Überzeugung, die gesellschaftlichen Rollen von Mann und Frau seien – unabhängig vom biologischen Geschlecht – bloss anerzogen. Das absurde Ziel ist demnach die «Befreiung» von unserer Natur, d. h. von der Freiheit, uns selbst zu sein. Angesichts der Methoden, mit denen die Umerzieher arbeiten und den Konsequenzen für diejenigen, die sich diesem Prozess widersetzen, ist der Begriff Tyrannei gerechtfertigt. Ein weiteres Merkmal dafür ist die Diskussionsverweigerung im Namen der politischen Korrektheit, d. h. Exponenten, welche eine dem GM entgegengesetzte Meinung vertreten, werden aus der Diskussion ausgeschlossen und mundtot gemacht.

Eine 68er Renaissance

Die Auflistung der treibenden Kräfte des GM liest sich wie ein Who is Who linker Vordenker, deren erklärtes Ziel die Zerstörung der traditionellen Familie ist. Ein Etappenziel ist die sog. sexuelle Revolution, in der neben Marx und Engels Namen

wie Friedrich Nietzsche, Aldous Huxley und Alfred Kinsey eine Rolle spielen. Ihnen gemeinsam sind teilweise perverse Vorstellungen, wie Sexualität in der Gesellschaft gelebt werden soll, sowie der Hass gegen die christliche Kirche und ihre Traditionen. Ein weiterer Schritt ist die Wende des berechtigten Strebens nach Gleichberechtigung von Mann und Frau (Lohnleichheit, Bildungs- und Berufschancen, usw.) hin zum Radikalfeminismus mit der Absage an Ehe und Mutterschaft, dem «Recht auf Abtreibung» und dem Machtkampf gegen den Mann.

Gender im Lehrplan 21

Wie tief GM bereits in die Gesellschaft vorgedrungen ist, zeigt u. a. der Lehrplan 21, in welchem die wichtigsten Zielvorgaben des GM enthalten sind und deren Formulierungen sich am sog. EU-Toleranzstatut orientieren. Mit diesem «Rahmenstatut zur nationalen Förderung der Toleranz» gibt die EU vor, Menschen vor Vorurteilen, Verleumdungen {...} auf Grund ihrer Rasse, {...} Religion, Gender-Identität oder sexuellen Orientierung zu schützen. Jegliche Art von religiöser Intoleranz und homophober, antifeministischer oder fremdenfeindlicher Äusserung soll verboten sein (siehe auch Artikel auf S. 7).

Vergewaltigung der Sprache

Ein Dorn im Auge der Gender-Ideologen ist die Sprache, die den gewissen maskulinen Begriffen den Vorrang gibt (z. B. die Leser, die Wähler usw.) und für viele Dinge eine weibliche und eine männliche Form kennt (z. B. Lehrer/Lehrerin usw.). Eine solche Sprache sei sexistisch und würde von Frauen als «verbale Vergewaltigung» empfunden. Eine der grotesken Gegenmassnahmen soll z. B. die Tilgung des Begriffs «Vater und Mutter» sein. Ersetzt durch Elter1 und Elter2 soll er inskünftig auch den Patchwork-Gemeinschaften und den gleichgeschlechtlichen Paaren gerecht werden. Spätestens hier ist ziviler Ungehorsam angesagt – wir werden ja wohl kaum das Elter-1-Unser beten!

Krankmachende Ideologie

Gemäss Gehirnforscher Manfred Spreng führt die Dekonstruktion typisch weibli-

cher Eigenschaften (Intuition, Multitasking usw.) unter dem Ziel der Gleichschaltung mit den Männern zu einer krankmachenden Abwertung des Frauseins. Noch ausgeprägter seien die Folgen für die Destruktion des Mutterseins, welches in der kruden Welt der Gender-Ideologen als Diskriminierung bewertet wird. Dies ungeachtet der Bedeutung der frühkindlichen Mutter-Kind-Bindung, welche z. B. für die Sprachentwicklung entscheidend ist. Ebenso wirft Spreng einen kritischen Blick auf die Fremdbetreuung, welche aufgrund einer vermehrten Belastung des kindlichen Stoffwechsels mit Stresshormonen die Entwicklung von psychischen Störungen bis hin zu ADHS begünstigen kann.

Der Massstab, der im Bereich der Sexualität über Jahrhunderte verbindlich war, soll zerbrochen werden. Das Gute wird Böse und das Böse gut genannt. Wenn wir dieser Entwicklung nicht entschieden entgegentreten, wird diese bedenkliche Entwicklung den Niedergang der europäischen Hochkultur bedeuten.

Dr. med. Daniel Beutler-Hohenberger



Der Gehirnforscher Manfred Spreng hat die möglichen Auswirkungen des GM einer wissenschaftlichen Betrachtung unterzogen und die Ergebnisse in einer Broschüre zusammengefasst.

Die unsichtbare Regierung

Nachdem der Autor in der Februar-Ausgabe des «EDU-Standpunkts» über die geringfügigen Änderungen im Lehrplan 21 (LP21) berichtete und in unserer März-Nummer auf die verschiedenen dahinterstehenden Ideologien hinwies, geht er im vorliegenden Artikel insbesondere auf das Gedankengut der Agenda 21 ein.

Die Agenda 21 wurde im Juni 1992 von der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet und soll ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert sein. Das Dokument wurde von über 170 Staaten unterzeichnet. An dieser UNO-Konferenz nahmen auch viele Nichtregierungsorganisationen, sogenannte NGOs, teil.



Einen Rückblick zu den Wurzeln des GM liefert uns das Buch von Gabriele Kuby: «Die globale sexuelle Revolution – Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit» (ISBN 978-3-86357-032-3)

Undemokratisch

Die Agenda 21 ist ein Strategiepapier zur gezielten Bewusstseinslenkung aller Menschen zu einer «Nachhaltigen Entwicklung» und betrifft alle Lebensbereiche. Ihr Umfang umfasst 359 kleingedruckte Seiten, aufgeteilt in 40 Kapitel und 4 Hauptbereiche. Sie spricht viele Umwelt- und Entwicklungsprobleme an, verpflichtet alle politischen Ebenen und NGOs im Sinne einer «Nachhaltigen Entwicklung» zu handeln, erteilt Nationalstaaten, Provinzen und Gemeinden detaillierte Aufträge und fordert die Einsetzung von Komitees, welche diese «Nachhaltige Entwicklung» auf den verschiedensten Ebenen überwachen. Dadurch findet ein Prozess der Entmachtung der Nationalstaaten bis hin zum einzelnen Bürger statt. Dafür erhalten undemokratisch legitimierte NGOs, wie z. B. Umweltschutz- oder Gleichstellungsorganisationen, Autorität und Gewalt.

Die Agenda 21 geht davon aus, dass via Politik und Massnahmen wie Steuern, Abgaben, Taxen, Strafen usw. eine Einmütigkeit hinsichtlich einer «Nachhaltigen Entwicklung» erreicht werden kann. Mittels dieses Prinzips werden nicht nur die Freiheiten jedes einzelnen Bürgers eingeschränkt, sondern es steht auch ganz im Gegensatz zum freien demokratischen Verständnis, bei welchem der Bürger auf Grund seines Wissens, Verstandes und seiner Einsicht selbst eine Entscheidung zum Wohle der Allgemeinheit treffen kann.

Diktatorisch

Die Forderungen der Agenda 21 gehen soweit, dass die Staaten sicherstellen müssen, dass nur noch gesunde Kinder geboren werden (6.21), der Anteil der Frauen unter Entscheidungsträgern erhöht wird (24.2,b), die Haushaltarbeit unter Mann und Frau gleichmässig aufgeteilt wird (24.3,d), geschlechtsrelevante Kenntnisse (Sexualkunde) in die Lehrpläne aufgenommen werden (24.2,e) und die Bildung auf die «Nachhaltige Entwicklung» ausgerichtet wird (36.2a).

Die Regierungen sollen Strategien erarbeiten, um Umwelt- und Entwicklungsthemen auf allen Ebenen des Bildungswesens (vom Kindergarten bis zur Universität) zu integrieren. Dazu müssen die Lehr-

pläne gründlich überarbeitet werden (36.5,b). Die gezielte Beeinflussung der Menschen über die Bildung und Massenmedien ist ein fester Bestandteil der weltweiten Bildungsoffensive der Agenda 21, um Einstellungen, Wertvorstellungen und Handlungsweisen der Weltbevölkerung auf die «Nachhaltige Entwicklung» einzustimmen (36.9). Die «Vereinheitlichung» des Denkens der Menschen und somit die schleichende Entmachtung der Nationalstaaten ziehen sich wie ein roter Faden durch die ganze Agenda 21 und erinnern sehr stark an die apokalyptischen Verhältnisse, wie sie in Offenbarung 17,12-13 beschrieben sind.

Unehrllich

Die «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) wird nun von den schweizerischen Behörden gründlich umgesetzt. Daher gab der Bund bereits im Dezember 2005 das «Vorgehenspapier der Plattform BNE» heraus, worin er festhielt, dass die Erziehungsdirektoren die BNE in die Lehrpläne zu integrieren haben und im Juni 2011 veröffentlichte die «Schweizer Konferenz der Redaktoren Pädagogischer Hochschulen» (cohep) das Dokument «Integration von BNE in die Lehrerbildung der Schweiz». Aus diesen beiden Dokumenten geht klar hervor, dass der LP21 v. a. deshalb erarbeitet wurde, damit die BNE in die schweizerischen Lehrpläne integriert werden konnte. Darüber wurde das Schweizer Volk jedoch kaum informiert, stattdessen begründete man die Lehrplanerneuerung mit der Harmonisierung der Lehrpläne zwischen den verschiedenen Kantonen. Diese Vorgehensweise ist nicht ehrlich und so schon Grund genug den LP21 abzulehnen. Hinzu kommt, dass dieser auch aus pädagogischer, gesellschaftlicher und christlicher Sicht völlig untauglich ist. Deshalb können wir es vor Gott und den Menschen nicht verantworten, dass unsere Kinder und Enkelkinder diesen LP21 über sich ergehen lassen müssen.

Arthur Bosshart

¹ Agenda 21, Kapitel 6, Absatz 21
Weitere Infos unter: www.lehrplan21.info



EINE POLITIK FÜR TRAGENDE WERTE IN DER GESELLSCHAFT: WIR BRAUCHEN CHRISTEN, DIE SICH MIT WORT UND TAT ENGAGIEREN

«Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft!»

Er vertritt im Zürcher Kantonsrat klar christliche Positionen. Mutig tritt er ein für die Lebensgesetze Gottes gegenüber einer weit fortgeschrittenen Orientierungslosigkeit und Verirrungen vieler Politiker bezüglich Familie, Sexualität und Gender. Die EDU im Gespräch mit dem EDU-Kantonsrat Heinz Kyburz.

«EDU-Standpunkt»: Herr Kyburz, was bedeutet Ihnen Ihre Familie?

Heinz Kyburz: Sie hat in den knapp 28 Ehejahren immer die erste Priorität in meinem Leben gehabt. Zugunsten der Kinder entschlossen wir uns für die klassische Rollenteilung. Es war mir aber wichtig, Wohn- und Arbeitsort so zu kombinieren, dass ich über den Mittag nach Hause heimkehren und abends die Kinder mit zu Bett bringen konnte. Als die Kinder klein waren, brachte dies viel Freude; in der Pubertät einige Herausforderungen. Und nun, da sie erwachsen sind, genießen wir die Gemeinschaft mit ihnen auf freundschaftlicher, gleichwertiger Ebene. Da zwei Kinder nicht mehr zu Hause wohnen, laden wir sie alle ein bis zwei Wochen zum Mittagessen ein, feiern miteinander Feste und versuchen, jedes Jahr auch gemeinsame Ferientage zu verbringen.

Weshalb sind Familien für die Gesellschaft und unser Land so wichtig?

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft! Jeder Mensch entstammt einer Familie, die ihm Werte vermittelte und ihn bis ins Erwachsenenalter führte. Menschen, die in einer tragenden Familie aufgewachsen sind, folgen intuitiv diesem Verhaltensmuster und wollen selber eine Familie gründen. Dabei ist die Betreuung und Erziehung der Kinder in erster Linie Sache der Eltern. Wo die Familie versagt, greift der Staat ein. Wenn die Familien abgewertet und geschwächt werden, führt dies zu weniger Freiheit, mehr staatlicher Intervention und dadurch auch höheren Steuern. Starke Familien entlasten hingegen den Staat, weil sie Selbstversorger sind und deren Glieder freiwillig füreinander sorgen.

Was belastet oder stellt gelingendes Familienleben zunehmend in Frage?

Die Erwerbssituation steht heute vermehrt in Konkurrenz mit der Familie. Wie viel muss oder will er oder sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, um die Existenzgrundlage der Familie zu gewährleisten, eine wirtschaftliche Perspektive zu entwickeln oder die eigene Karriere voranzutreiben? Sehr hilfreich können Grosseltern sein, die sich zeitweise um die Kinder kümmern und auch anderweitig sporadisch das Familienbudget entlasten. Intakte Familien und Verwandtschaft sind sehr wertvoll und entbinden den Staat. Der gesellschaftliche Druck auf junge Mütter, ihre Kinder immer früher in Krippen und Horte zu geben, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ist eine grosse Not. Da man ja weiss, dass die ersten Lebensjahre eines Kindes für dessen gesunde Entwicklung entscheidend sind, freue ich mich über

jede Mutter, die diese verantwortungsvolle und für sie selber tief bereichernde Aufgabe selber wahrnimmt.

Inwieweit soll der Staat Familien finanziell unterstützen?

Grundsätzlich ist die Deckung der Lebenshaltungskosten einer Familie Sache der Eltern und nicht des Staates. Deshalb sind auch Systeme wie Ergänzungs- oder Zusatzleistungen für Familien klar abzulehnen. Die Familie soll als Fundament der Gesellschaft möglichst unabhängig vom Staat sein. Wenn sich ein Ehepaar entscheidet, eine Familie zu gründen, so muss es auch ein Budget entwerfen, wie es die anfallenden Lebenshaltungskosten der Familie decken will. Dazu gehört auch die Frage, wie viele Kinder man sich leisten kann und will. Andererseits sind v. a. kinderreiche Familien immer wieder mit nicht budgetierbaren finanziellen Herausforderungen konfrontiert, die selbstverständlich im Rahmen von freiwilligen Hilfsangeboten wie Stiftungen oder bei Bedarf auch durch das bestehende soziale Netz zu meistern sind.



Heinz Kyburz, 55 J., verheiratet, Vater von drei erwachsenen Kindern Kaufm. Ausbildung in Notariat, Weiterbildung in Gemeindeverwaltung mit Gemeindeführerdiplom VZGV Abteilungsleiter in der Gemeindeverwaltung Meilen.
Seit 2007 EDU-Kantonsrat, seit 2012 Fraktionspräsident, Vizepräsident der EDU Kanton Zürich
Mitglied in einer Evangelischen Freikirche
Hobbies: Familie, Lesen und etwas Sport
Wohnhaft in Männedorf ZH

Gibt es für Alleinerziehende und Patchwork-Familien speziell wichtige Massnahmen, die Sie unterstützen?

Ja: Kinder brauchen den Kontakt zum leiblichen Vater und zur leiblichen Mutter. Auch zerstrittene Eltern sollten zum Wohl des Kindes alles daran setzen, dass es den Kontakt zu beiden Elternteilen pfle-

gen kann. Auch der beste Stiefvater bzw. die beste Stiefmutter kann den fehlenden Elternteil nicht kompensieren.

Weshalb sollen Homosexuelle von der Eheschliessung ausgeschlossen bleiben?

Seit Urzeiten besteht eine Ehe zwischen Menschen unterschiedlichen Geschlechts. Eine Ehe zeichnet sich insbesondere durch die Polarität der Eheleute und ihre gegenseitige Ergänzung und Erbauung aus, die, indem sie «ein Leib» werden, oft in einer Familie mit Kindern mündet. Die Ehe, als eine auf Dauer angelegte Gemeinschaft von Mann und Frau, ist auch ein Gedanke Gottes und wird in der Bibel zudem als Abbild der Beziehung zwischen Gott und den Menschen verstanden. Die Forderung Homosexueller, ihre Beziehungen als Ehe anzuerkennen, ist ein nicht statthafter Übergriff auf ein Institut, das ihrer Lebensform nicht gerecht wird. Dadurch würde die Ehe abgewertet. Im Sinne von Matthäus 19,12 wäre es richtiger, davon zu sprechen, dass «manche von Geburt an zu ehelichem Umgang unfähig sind; andere von Menschen dazu unfähig gemacht worden sind und wiederum andere sich selber gegen die Ehe entschieden haben».

Die EDU Kanton Zürich hat eine Initiative für die Verwendung des Begriffs Ehe ergriffen. Was bedeutet es, wenn diese Initiative abgelehnt und was, wenn sie angenommen wird?

Der Initiativtext lautet: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau.» Damit soll die natürliche Ehe auf Verfassungsebene als Grundrecht definiert und geschützt werden. Im

Zusammenhang mit den Beratungen einer eidgenössischen CVP-Volksinitiative hat sich gezeigt, dass Linke, Grüne und Liberale Politiker eine Definition der Ehe als eine Verbindung zwischen Mann und Frau ablehnen und deshalb einen entsprechenden Gegenvorschlag einreichen, der von dieser Definition absieht. Wir haben

«Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau.»

auch damit gerechnet, dass selbst die CVP ihre eigene Volksinitiative zugunsten eines Gegenvorschlags zurückziehen wird. Nun glauben wir aber, dass die Mehrheit des Zürcher Stimmvolkes gegen die Öffnung der Ehe für Homosexuelle sein wird und damit ein verbindliches Zeichen gegen die Abwertung der Ehe setzt. Sollte unsere Initiative abgelehnt werden, geht der Gender-Wahn weiter, bis das Stimmvolk zur Besinnung kommt.

Was spricht auch klar gegen eine Segnung homosexueller Lebensgemeinschaften durch die Kirche?

Die Kirche muss sich darauf besinnen, dass sie im Auftrag Gottes und nicht der Menschen tätig ist. Wenn sie Gottes Wort ernst nehmen will, wird sie aufgrund zahlreicher Bibelstellen die Homosexualität weiterhin ablehnen und als Sünde oder Fehlverhalten bezeichnen. Was man als nicht richtig erachtet, darf man auch nicht segnen.

Wie beurteilen Sie die zunehmende «Genderisierung» unserer Gesellschaft?

Perfid ist, dass viele nicht wissen, worum es bei «Gender» wirklich geht, sie aber dennoch glauben, allen Forderungen nach Gleichstellung auf jeden Fall nachkommen zu müssen. – Ich beginne meine Voten im Kantonsrat zu diesem Thema immer wieder mit den Worten: «Männer und Frauen sind auf jeden Fall gleichwertig aber in keiner Weise gleich» und zwingt meine Zuhörer damit zum Nachdenken. Juristen wissen im Gegensatz zu Politikern, dass man Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln muss. Die Genderideologie, die feministisches Programm ist, nimmt darauf bewusst keine Rücksicht.



Spider-Diagramm von EDU-Kantonsrat Heinz Kyburz

Was können wir Bürger tun, um die Durchsetzung von Gender zu verhindern und den natürlichen Lebensgesetzen wieder mehr Geltung zu verschaffen?

Es braucht noch viel Aufklärung über Gender und den damit verbundenen Gleichheitswahn, der Mann und Frau in ihrer Unterschiedlichkeit verleugnet und das Gleiche (Homo) über das Ungleiche (Hetero) stellt.

Was müssten Politiker tun?

Die EDU thematisiert Gender immer wieder, z. B. wenn es um Frauenquoten oder die Abschaffung von unnötigen Fachstellen für Gleichstellung geht. Mittlerweile müsste das Thema Gender auch in der SVP reif sein und dort mit Vorstössen behandelt werden.

Ein ähnliches Problem ist die zunehmende Sexualisierung unserer Gesellschaft. Island will frei von Pornographie werden. Weshalb gibt es bei uns nicht mehr Anstrengungen in diese Richtung?

Die Schweiz ist ein eher liberales Land. Die meisten Parteien rühmen sich auch, liberal zu sein. Pornographie will man einfach nicht als Problem wahrnehmen. Die Not, die damit verbunden ist, ist ein grosses Tabu und scheinbar noch nicht ausreichend augenfällig, um einen Handlungsbedarf zu erkennen.

Wie konnte es so weit kommen, dass die Sexualität an den Schulen als Menschenrecht von Anfang gilt und unsere Kinder geradezu zu einer an Lust orientierten Sexualität ohne Tabus verführt werden? Eine Gesellschaft, die gendergerecht jede Sexualität als gleichwertig erachtet und nicht in den Rahmen einer Beziehung zwi-

schen Mann und Frau stellt, sieht keine Veranlassung, Rahmenbedingungen aufzuzeigen und Grenzen zu setzen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich Politiker zu stark von selbsternannten Sexualpädagogen leiten lassen, die selber solches Verhalten praktizieren.

Wie können wir Christen unsere Kinder davor schützen?

Kinder wissen sehr genau, wie ihre Eltern über solche Dinge denken. Wichtig ist also, dass Eltern über diese Dinge klar reden, sodass sich die Kinder im Gespräch mit

kurzem haben viele Menschen geheiratet, als sie Kinder bekamen. Vermehrt stelle ich fest, dass Menschen weder heiraten noch Kinder haben oder erst spät, wenn es höchste Zeit ist, und sich nur noch ein oder zwei Kinder wünschen, was für den Fortbestand unserer Gesellschaft ein ernstes Problem wird.

Haben Sie einen vordringlichen Wunsch bezüglich dieser Themen?

Unsere Tochter Naemi will Ende Juni heiraten und Kinder haben. Wir freuen uns sehr. Auch sie möchte der Familie

«Was man als nicht richtig erachtet, darf man auch nicht segnen.»

den Eltern altersgerecht eine Meinung dazu bilden können. Schwierig wird es für die Kinder hingegen, wenn die Eltern einen klaren Massstab verlieren.

Was werden die Folgen dieser Sexualisierung für unsere Gesellschaft sein?

Die zunehmende Sexualisierung führt meines Erachtens zu weniger Bindungsfähigkeit und mehr Einsamkeit; zu mehr Konsum statt Verantwortungsbewusstsein. Damit fehlt das tragende Element einer dauernden Beziehung, was sich auf Ehen und Familien markant negativ auswirken wird.

Sehen Sie andere gesellschaftliche Auswirkungen und Veränderungen, die ihre Ursache im veränderten Familien- und/oder Sexualverständnis haben?

Früher haben die meisten Menschen geheiratet, als sie zusammenzogen. Bis vor

höchste Priorität einräumen. Es gilt nun Wege zu finden, wie (christliche) Familien in der heutigen Zeit in einem veränderten Umfeld bestehen und sich entfalten können. Ich wünsche mir Christen, die erwachen, und sich in Politik und Gesellschaft für die natürliche Ehe und Familie stark machen, und zwar nicht nur mit Worten, sondern mit Taten Verantwortung wahrnehmen – ehe es zu spät ist!

Herr Kyburz, wir danken Ihnen für dieses Interview. Wir wünschen Ihnen eine Wiederwahl in den Kantonsrat, damit Sie weiterhin eine klar christliche Politik betreiben können! Gott möge Sie und Ihre Familie segnen!

Interview: Lisa Leisi



Wahrhaft christliche Liebe steht zur Wahrheit

Wir sind gefordert, genauer hinzuschauen, den Hintergründen und Folgen nachzugehen, wenn zunehmend die Ehe für Homosexuelle und Segnungen von Gleichgeschlechtlichen in der Kirche gefordert werden. Der Trend zu oberflächlicher Meinungsbildung verführt leider auch Christen.

Zuerst einmal muss klar unterschieden werden zwischen dem Sünder und der Sünde. Wir sind aufgefordert, unseren Nächsten zu lieben wie uns selbst. Damit verbunden sind Achtung und Wertschätzung gegenüber jeder Person. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass auch die Sünde selbst gutgeheissen und der Anschein erweckt wird, dass Gott ausgelebte Homosexualität befürwortet. Es ist keineswegs eine Diskriminierung, wenn die Ehe und kirchliche Trauung Mann und Frau vorbehalten bleiben. Eine Diskriminierung wäre es nur, wenn einmal eine Ehe zwischen Frau und Mann zugelassen und ein anderes Mal – ohne triftigen Grund – nicht.

Zu Gottes Wort stehen

Befürworter der homosexuellen Ehe argumentieren: «Kann denn Liebe falsch sein? Hauptsache zwei Menschen lieben sich, dann ist doch alles gut.» Aber diese Liebe ist keinesfalls gleichzusetzen mit der Liebe zwischen einem Mann und einer Frau, aus deren Verbindung auch Kinder hervorgehen können. Sonst wären jegliche «sexuellen Liebesbeziehungen» gutzuheissen: pädophile, polygame und mit Tieren (Sodomie) ebenso. Es gäbe keine Tabus mehr – mit verheerenden Folgen. Christen werden unwahr und machen dem Nächsten zum Verderben etwas vor, wenn sie den Anschein erwecken, es sei in Ordnung, wenn Homosexuelle ebenfalls zivil und kirchlich heiraten können. Es gibt genug Bibelstellen, die deutlich erkennen lassen, dass Gott die eheliche Gemeinschaft nur für Frau und Mann, ebenso wie die Sexualität im Rahmen der

Ehe, vorgesehen hat. Wenn wir davon abrücken, verleugnen wir Gottes gute Lebensgesetze, denen wir zu unserem Segen nacheifern sollen. Ebenso schlimm ist, dass wir damit die Wahrheit der Bibel insgesamt in Frage stellen. Wenn Gottes Wort in diesem Bereich nicht stimmt, weshalb sollte es dann in anderen Bereichen?

Eins gibt das andere

Schon bald wird auch das Recht auf Adoption und gar auf eigene Kinder für Homosexuelle eingefordert werden. In der Folge wird die Eizellspende rechtens ebenso wie die Leihmutterchaft. Ein Argument der Befürworter ist schon heute, dass es ja sowieso genutzt werde und man dies deshalb lieber unter möglichst guten Bedingungen im Inland toleriert.

Wir müssen uns informieren. Es hilft, wenn man weiss, dass z. B. Kinder, welche bei den leiblichen Eltern aufwachsen, im Normalfall klar die besten Bedingungen für ein gelingendes Leben haben. Es muss zu denken geben, dass man die Schattenseiten der Homosexualität nicht aufzeigt. So sollten unglückliche Homosexuelle auch Therapien hin zur Heterosexualität in Anspruch nehmen dürfen. Dies ist heute für Homosexuelle ein absolutes Tabu, hingegen die Hinwendung zur Homosexualität scheinbar absolut normal. Eigenartigerweise gibt es jedoch kaum Heterosexuelle, die unter ihrer diesbezüglichen Ausrichtung leiden, was auch ein Hinweis darauf sein dürfte, dass nicht alles einfach eine «Spielart der Natur» ist.

Auffallen zum Guten

Für manchen Gläubigen mag verunsichernd wirken, dass in Landes- und selbst Freikirchen zunehmend Christen, ja selbst sogenannte Hirten, der Welt nacheifern. Sie opfern die für den Menschen guten Leitplanken auf dem Altar der Akzeptanz. Aber damit machen sie sich unglaublich und werden zu Verführern für Gott Suchende, sie leisten gar antigöttlichen Entwicklungen Vorschub. Die Salomitaktik geht für die entsprechenden Kräfte auf, da man sich an die Veränderungen gewöhnt und nicht mehr anhand klarer Richtlinien Gut und

Böse, Fluch und Segen auseinanderhalten kann. Wir müssen uns damit anfreunden, dass man als Christ nicht der Mehrheit entspricht und vielleicht belächelt wird. Aber haben wir nicht ganz viel zu gewinnen, das uns hilft, Lasten zu tragen, das Kreuz auf uns zu nehmen und gegen den Strom zu schwimmen? Wichtig dazu ist die Kenntnis von Gottes Wort sowie die Gemeinschaft und gegenseitige Stärkung unter Geschwistern. Das hilft, treu den Weg zu gehen und aktiv für das Gute einzustehen.

Lisa Leisi

Impressum

Herausgeber/Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach, 3601 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Redaktion und Marktplatzinserate

033 222 37 07
redaktion@edu-schweiz.ch
Fax 033 222 37 44

Anzeigenverkauf (ohne Marktplatz)

031 818 01 42
inserate@edu-schweiz.ch
Postcheck 30-23430-4
(IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4)
www.edu-schweiz.ch
Abo: CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5% MWST)

Redaktion

Hans Moser, Daniel Beutler,
Arthur Gasser, Roland Haldimann,
Thomas Käser, Lisa Leisi,
Eveline Rytz (Schlussredaktion),
Harold Salzmann (Layout)

Schreibende geben ihre
persönliche Ansicht wieder.

Layout: EDU
Druckvorstufe, Druck und
Spedition: www.jordibelp.ch

Erscheint monatlich, 11 Ausgaben

Alarmierende Studie zur Pornografie

Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin liefert Fakten anhand der Hirnforschung. Mit einer Studie werden dort die bedenklichen Folgen der Nutzung von Pornografie bestätigt.

Man liess 64 Jungmänner zwischen 21 und 45 Jahren pornografisches Material anschauen, während sie der Magnetresonanztomographie (MRT) ausgesetzt waren und untersuchte so die Hirnstruktur der Probanden sowie deren Hirnaktivitäten. Zuvor hatte man sie gefragt, wie oft und wie lange sie jeweils Pornos anschauen. In einem Bericht des Instituts heisst es: «Die Auswertung der Ergebnisse zeigte einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Stunden, die die Probanden in der Woche mit pornografischem Material verbringen und der Grösse der grauen Substanz im Gehirn. Im Ergebnis zeigte sich ein Zusammenhang zwischen Pornografiekonsum und der Grösse des Striatums, einer Hirnregion, die zum Belohnungszentrum des Gehirns gehört. D. h.: Je mehr sich die Probanden mit Pornografie beschäftigten, desto kleiner war das Volumen ihres Striatums.» Die massgebliche Wissenschaftlerin, Simone Kühn, kommentiert das so: «Das könnte bedeuten, dass der regelmässige Konsum von Pornografie das Belohnungssystem gewissermassen «ausleiert». Deswegen nehmen wir an, dass Probanden mit hohem Konsum immer stärkere Anreize benötigen, um das gleiche Belohnungsniveau zu erreichen.»

Erschreckend hoher Konsum

Eine solche Forschung ist von höchstem Belang; denn – so die Bilanz einer gemeinsamen Studie von Professor Jakob Pastötter und seinem Kollegen von der City-Universität London, an der 56000 Männer und Frauen teilnahmen – der Konsum von Pornografie bei Männern ist erschreckend hoch. Von diesen Männern schauen sich täglich oder wöchentlich 60% einen Porno an, bei Frauen sind es weniger als 12%. Ein bedeutsames Detail erschreckt den Professor und Präsidenten der deutschen Gesellschaft für sexualwissenschaftliche Sozialforschung

mit Sitz in Düsseldorf besonders: «Mehr als jeder Zehnte der 16 – 19-jährigen Jugendlichen gab an, schon im Alter von 10 Jahren Sexfilme angeschaut zu haben.»

Sucht birgt Missbrauchsgefahr

Von allergrösster Relevanz im Hinblick auf die Aufklärung der Bevölkerung ist besonders jener neue Ansatz der im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung gemachten Feststellung, dass die Möglichkeit zum Kick durch häufigen Gebrauch «ausleiere». Sie gibt damit einen Hinweis auf die grosse Gefahr, die mit häufiger Pornonutzung verbunden ist: Ihre Untersuchung ist ein bedeutsamer Hinweis auf die Anbahnung zur Pornosucht. Der Nutzer wird gedrängt, nach immer stärkeren Anreizen auf die Suche zu gehen, was seine Gedankenwelt zunehmend fesselt. Auf der Suche nach Lust wird die Willensfreiheit in einem sich steigernden Masse eingeschränkt, so dass schliesslich sogar die Gefahr entsteht, in der Realität Kinder als Objekte der sexuellen Befriedigung zu missbrauchen (siehe auch Pluspunkt S. 13).

Fehlende Aufklärung

Dass es heute eine Kinderschänderindustrie gibt, die von Millionen von Männern in Anspruch genommen wird, ist eine höchst alarmierende Gegebenheit. Von grosser Dringlichkeit ist die Einsicht, dass mit der sogenannten «Befreiung zur Sexualität» seit ca. 50 Jahren, weltweit eine Schranke überschritten worden ist. Von der praktischen Berufserfahrung her habe ich schon damals mit einer Vielzahl von Publikationen vor der Entfesselung des zweitgrössten Lebenstriebes und den seelisch zerstörerischen Folgen zu warnen begonnen. Als letztes noch einmal mit den Taschenbüchern «Wer Wind sät» und gemeinsam mit Professor Thomas Schirmacher unter dem Titel «Ausverkaufte Würde – der Pornoboom und seine psychologischen Folgen». Aber selbst das Aufplatzen der Eiterbeule durch den belgischen Verbrecher Dutroux, führte nicht zu nachhaltigen Aktivitäten der Regierungen und der Aufklärung der Bevölkerung über das Wesen der Sexuelsucht. Kann es in später Stunde noch Hilfe geben gegen diese Form



der Selbstvernichtung einer blühenden Gesellschaft? Unumgänglich wären Bemühungen der Mächtigen um eine Vereinbarung gegen diesen Seelenkrieg.

*Auszüge aus «Meves aktuell» – Ausgabe November 2014
(Leicht bearbeitet und gekürzt von Lisa Leisi)*

ZAHL DES MONATS

33

Eine neuere Studie belegt, dass Kinder, welche die Scheidung ihrer Eltern miterlebt haben und anschliessend in einer Patchwork-Familie lebten, später im Erwachsenenleben ebenfalls einem erhöhten Scheidungsrisiko ausgesetzt sind. Bei Kindern aus intakten Familien sind es 16%, deren Ehen später geschieden werden, bei Kindern mit Scheidungs- und Patchwork-Familien-Erfahrung steigt das Scheidungsrisiko auf 33% an.

Thomas Käser

Bewährte Werte neu entdeckt?

Das Bundesamt für Statistik überrascht mit einer positiven Meldung: Die Bevölkerungsentwicklung pro 2104 weist einen Geburtenüberschuss aus, insgesamt wurde wieder mehr geheiratet und weniger geschieden.

Tragfähige Liebesbeziehungen funktionieren nicht von allein, sind aber grundlegend wichtig. Das war auch die Überzeugung des Engländers Richard Kane, der vor rund 20 Jahren die Idee der MarriageWeek lancierte. 2007 fasste diese spezielle Woche für Ehepaare auch auf dem Kontinent Fuss. Seither haben die Angebote in Kirchgemeinden und Freikirchen kontinuierlich zugenommen. Vom Apéro mit Austausch über ein relevantes Thema über Candle-Light-Dinners oder Filmabende bis zum Zweierspaziergang auf einem speziellen Erlebnisweg ist alles darunter, was Paare über ihre Beziehung nachdenken lässt. Das Ziel: «Meine Ehe – unsere Woche» will Paare in ihrer Beziehung stärken. Die Woche wird oft mit einer Segnungsfeier am Sonntag vor oder nach dem Valentinstag abgeschlossen.

Langsames Umdenken

Während viele christlich geprägte Paare den Wert ihrer Ehe neu stärken möchten, scheint sich auch in der breiten Gesellschaft ein Umdenken abzuzeichnen. Es wird wieder mehr geheiratet, die Scheidungszahlen gehen zurück, erstmals seit Langem resultiert wieder ein Geburtenüberschuss. Die Gründe dafür mögen die Globalisierung mit ihren negativen Folgen, der Wunsch nach Stabilität und «geordneten Beziehungen» oder ein Rückbesinnen auf bewährte Werte sein. Auf die Frage des «Warum» geben die Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) in Neuenburg keine Auskunft. Trotzdem stimmt die Ende Februar veröffentlichte Erhebung optimistisch.



Zufallstreffer oder Trendwende?

Die Zahl der Geburten stieg von 82 700 im Jahr 2013 auf 83 800 an; dabei wurden 6% mehr Knaben als Mädchen geboren. Total wurden 20 200 Kinder mehr geboren als Todesfälle zu verzeichnen sind. Das Durchschnittsalter der gebärenden Frauen beträgt neu 31,8 Jahre (2013: 31,6). Die statistische Anzahl Kinder pro Frau stieg leicht auf 1,5. Insgesamt gaben sich 2014 41 200 Paare das Ja-Wort, was einer Zunahme von 3,6% gegenüber 2013 entspricht. Erfreuliche Entwicklung auch bei den

Unsere 20 EDU-Kantonsparlamentarier haben im Durchschnitt 3,35 Kinder, mehr als doppelt so viele wie im Schweizer Durchschnitt. Den Rekord hält Grossrat Fred Schneiter (Thierachern BE) mit 7 erwachsenen Kindern.
Samuel Kullmann

Scheidungen: Letztes Jahr wurden deren 16 500 registriert, was eine Abnahme von 3,7% bedeutet. Fazit: Die Bedeutung der Familie mit verheirateten Eltern und Kindern nimmt zu.

Im 40-Jahres-Vergleich heiraten Paare heute im Durchschnitt mit 31,8 Jahren (Männer) bzw. mit 29,6 Jahren. 1970 wurde ein Durchschnittsalter von 26,5 bzw. 24,1 Jahren ermittelt. Damit scheinen auch die Generation X («Arbeiten, um zu leben») und die Generation Y («Erst leben, dann arbeiten») die Ehe zu entdecken.

Thomas Feuz

«PLUSPUNKT»

Ein Land sagt Nein zur Porno- grafie

Island will umfassend erreichen, dass pornografische Inhalte auch übers Internet nicht mehr zur Bevölkerung gelangen. Zwischen Regierung, Parteien und Experten herrscht ein starker Konsens, dass Kinder vor Pornografie geschützt werden müssen.

Zentral in dieser Diskussion ist das Argument, dass Pornografie gegen die Rechte der darin gezeigten Frauen sowie die Rechte der Pornografie ausgesetzten Kindern verstosse. In Studien konnte festgestellt werden, dass im Netz frei verfügbares, äusserst gewaltverherrlichendes Material eine Zunahme der sexuellen Übergriffe bewirkt hatte. Auch hatte sich gezeigt, dass Kinder, welche schon früh gewalttätiger (harter) Pornografie ausgesetzt waren, die gleichen Zeichen von Traumata aufwiesen wie jene, die effektiv missbraucht worden waren.

Schutz der Kinder

Eine Arbeitsgruppe soll nun erarbeiten, wie die Flut von Bildern und Videos, welche junge Leute auf Computern, Spielkonsolen und Smartphones empfangen können, unterbunden werden kann. In der Folge wäre es illegal, sich mit isländischen Kreditkarten Zugang zu einschlägigen Internetseiten zu verschaffen.

Pornografie ist in Island bereits seit 1869 verboten, deshalb sind der Druck und die Verbreitung von pornografischem Material untersagt. Nun muss das Gesetz auf die Verwendung im Internet ausgeweitet werden.

Die britische Professorin Gail Dines, eine Autorität in Sachen Pornografie, sagte kürzlich an einer Konferenz an der Universität Reykjavik dazu: «Island macht einen sehr fortschrittlichen Versuch, den kein anderes demokratisches Land gewagt hat.»

Lisa Leisi

(Quelle: The Daily Mail)

Christentum basiert auf Versöhnung!

Landeskirchen, Freikirchen, Organisationen, Haus-, Bibel-, Freundeskreise und weitere Gruppierungen finden wir im christlichen Segment. National sind über 1000 Adressen von christlichen Organisationen zu finden. Das Ziel ihrer Mitglieder und Besucher, «das Beste zu erreichen», verbindet sie.



Bild: freemages.com

Wohl kaum wurden in einer Zeit so viele Anstrengungen im gesellschaftlichen Bereich unternommen wie gegenwärtig. Mit allen Kräften wird versucht, möglichst viele Mitmenschen zu erreichen, sie in die Kirchen zu holen. Leider haben sich dadurch viele Kirchen und Organisationen negativ entwickelt, denn sie öffneten sich den Bedürfnissen und Ansichten der Gesellschaft und verliessen die biblischen, wertbeständigen Grundlagen. Damit die Organisation wachsen kann, werden zusehends sogenannte moderne Entwicklungen in Kirchen und Gemeinden toleriert. Die Zeit der Verkündigung der frohmachenden Botschaft (der Glaube kommt aus der Predigt) wurde vielerorts zu Gunsten eines Rahmenprogramms eingeschränkt. Klar biblische

Elemente werden nicht mehr angesprochen, da ja sonst möglicherweise jemand den Kreis verlassen könnte. Haustiere dürfen am Gottesdienst teilnehmen, biblisch nicht konforme Lebensgemeinschaften werden tabuisiert – Busse, Bekehrung, Wiedergeburt, Hölle und Gericht hingegen sind Begriffe, die lieber nicht mehr genannt werden. Vielmehr wird nur noch von einem liebenden, barmherzigen und gnädigen Gott gesprochen.

Verlorenheit

Jeder Mensch wird in einem gottfernen Zustand geboren und braucht in seinem Leben eine klare Umkehr, um mit Gott

in eine Beziehung zu kommen. Dies geschieht durch Busse (bekennen der Sünden) und der Übergabe des Lebens unter die Führung Jesu. Gott schenkt nach einer aufrichtigen Bekehrung das Geschenk der Wiedergeburt. Als neuer Mensch mit einer echten Gottesbeziehung lebt dieser Mensch aus der Vergebung seiner Vergangenheit durch Jesus Christus. Diese erfahrene Vergebung birgt auch die Vergebung gegenüber dem Nächsten in sich. Die auffordernden Worte «Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst» aus dem Munde Jesus, ist wohl allen bekannt.

Weshalb diese Zerstrittenheit?

Oft entstehen Meinungsverschiedenheiten und Streit wegen kleinen offenen Fragen. Unnachgiebig wird auf ein eigenes oder auf ein vermeintliches Ziel der Mehrheit hin gearbeitet. Sehr oft werden Fragen nicht offen kommuniziert oder im Gebet vor Gott gebracht. Die Fehler der Anderen werden nicht vergeben, es werden Gleichgesinnte gesucht und wertvolle Zeit für das «Aufwärmen der Unstimmigkeiten» verschwendet. Bei den oft zu spät angesetzten Aussprachen sind die Fronten so verhärtet, dass der Nächste nicht mehr gehört und Vergebung erst einmal gar nicht mehr gesucht wird.

Vergebung

Auch wir Christen sind als Menschen täglich grossen Versuchungen ausgesetzt. Deshalb ist es wichtig, dass wir in unseren Gemeinden immer wieder die frei- und frohmachende Botschaft unseres Erlösers hören. Wir brauchen Anweisung und müssen immer wieder zur Quelle der Vergebung durch Jesus Christus geführt werden. Dort erhalten wir die Kraft auch unseren Mitmenschen vergeben zu können wie auch Demut zum Gehorsam. Die eigene Sicht kann sich dann plötzlich ändern, Streit und Unversöhnlichkeit können abgelegt und es kann vergeben werden! Christliche Gemeinden sind aufgefordert, der klaren biblischen Botschaft der Vergebung vermehrt Platz einzuräumen, heisst es doch: «Vergebet euch untereinander, so wie Christus euch vergeben hat.»

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz

Bestellschein

ABONNEMENT

Ich abonniere den «EDU-Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

PROBENUMMERN

Senden Sie mir/der folgenden Person «EDU-Standpunkt»-Probenummern:

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Datum

Empfohlen von

Coupon einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach, 3601 Thun

Bundesrat muss vorgängig nicht nach Brüssel pilgern

Vor gut einem Jahr haben die Schweizer Stimmbürger die auch von der EDU unterstützte «Masseneinwanderungs-Initiative» der SVP mit einem knappen Volksmehr von 50,3% und einem deutlichen Ständemehr von 17:9 angenommen.

Die Initiative verlangt eine eigenständige Steuerung der Einwanderung nach gesamtwirtschaftlichen Interessen und die Wiedereinführung des Inländervorranges. Zudem kann der Anspruch der Ausländer auf dauerhaften Aufenthalt, Familiennachzug und Sozialleistungen beschränkt werden. Die Übergangsbestimmungen gewähren Regierung und Parlament eine Frist von drei Jahren für die entsprechende Anpassung von Gesetzen und Verträgen.

Bei der Abstimmung über die Bilateralen I gehörte die EDU wegen des Personenfreizügigkeitsabkommens (PFZ) mit der Guillotineklausel und den schon damals absehbaren Folgen einer unbegrenzten Einwanderung aus der EU zu den Gegnern.

Selbst gelegte Schlingen

Die Krux bei der Umsetzung ist nun, dass unsere Regierung über die von ihr selber mit der EU im PFZ vereinbarte sogenannte Guillotineklausel stolpert. Diese dient als Druckmittel für Volk und Parlament, um bei der Personenfreizügigkeit ja keine Einschränkungen oder gar eine Kündigung bzw. Nicht-Verlängerung zu beschliessen, weil dann automatisch alle übrigen 6 Abkommen der Bilateralen I innert sechs Monaten ausser Kraft gesetzt werden. Deshalb warfen Regierung, Parlament, Wirtschaft und Medien der SVP ständig vor, sie gefährde mit ihrer Masseneinwanderungs-Initiative die Bilateralen Verträge. Diese Gefährdung hat aber nicht die SVP zu verantworten, sondern unsere Regierung, welche die Guillotineklausel zusammen mit der EU absichtlich im PFZ formuliert hat, um die freie Einwanderung aus der EU zu erzwingen. Auch nach der siebenjährigen Einführungsphase von



2002 – 2009 haben es Bundesrat und Parlament verpasst, Korrekturen am PFZ zu verlangen und haben dieses unverändert sogar zeitlich unbegrenzt verlängert. Leider hat das Volk dies anfangs Februar 2009 an der Urne abgesegnet. Die EDU verlangte damals eine Korrektur des PFZ und sagte Nein zur unbefristeten und unkorrigierten Verlängerung desselben.

Souverän ist oberste Macht

Somit hat unsere Regierung den sog. Gemischten Ausschuss über die nötigen Korrekturen zu informieren. Weigert sich die EU, über diese Korrekturen zu verhandeln, muss das PFZ notfalls gekündigt werden, trotz Guillotineklausel. Die EU hat verständlicherweise keine Freude an der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, weil in diversen EU-Ländern solche Einwanderungsbeschränkungen bei der Bevölkerung sehr willkommen wären. Tritt die EU auf die Forderung der Schweiz ein und akzeptiert eine Einschränkung des freien Personenverkehrs von Seiten der Schweiz, wird dies analoge Forderungen z. B. in Frankreich, Deutschland usw. zur Folge haben. Deshalb macht die EU stur auf Njet! Das darf aber die Schweizer Regierung nicht beirren, denn die EU hat ein immenses Interesse, mit der Schweiz, als einem ihrer wichtigsten und rentabelsten Handelspartner, gute Beziehungen zu pflegen. Deshalb wird die EU aus meiner Sicht über Änderungen am PFZ verhandeln, wenn die Schweiz endlich entschlossen und bestimmt sagt, was sie will, bzw. nicht will.

Wir haben kluge Köpfe

Richtig ist, wieder den Inländervorrang einzuführen, damit besonders auch Mitbürger in den Grenzregionen (Tessin, Genf, Nordwestschweiz usw.) nicht ständig von EU-Billigarbeitern verdrängt werden. Auch die Wirtschaft ist gut beraten, sich nicht mehr über den Fachkräftemangel zu beklagen, sondern entschlossen in die Förderung und Ausbildung des eigenen Fachkräfte- und Kadernachwuchses zu investieren. Dazu muss die Wirtschaft aber auch in die Bildungspolitik eingreifen und z. B. den Lehrplan 21, welcher unsere Volksschule pädagogisch und bildungsmässig zerstört, klar den Kampf ansagen. Auch bei der Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials bei älteren Mitarbeitern und gut ausgebildeten Frauen ist die Wirtschaft gefordert, mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle und z. B. eigenverantwortlichen Kinderbetreuungseinrichtungen zu unterstützen. Das ist zwar weniger bequem, als einfach im Ausland billigeres und gut ausgebildetes Personal zu rekrutieren. Doch mittel- und langfristig lohnen sich Investitionen in das eigene Personal und Kader sehr wohl.

Geschlossenheit

Regierung, Parlament und Parteien sind gefordert, zusammen zu definieren, wie der Auftrag des Souveräns umzusetzen ist. Wenn dies intern klar ist, kann der EU mitgeteilt werden: Wir sind an guten Beziehungen sehr interessiert, werden aber von unserer Seite die Personenfreizügigkeit einschränken oder aufkündigen. In dieser Phase müssen sich die Regierungsparteien geschlossen hinter unsere Regierung stellen und nicht deren Position schwächen, wie dies in der Vergangenheit leider die Regel war. Aus unserer Sicht können dabei die übrigen sechs Abkommen der Bilateralen I weiterhin in Kraft bleiben. Falls nicht, gilt von unserer Seite die WTO-Regelung. Damit kann die Schweiz leben. Dazu braucht unsere Regierung etwas Mut und Selbstvertrauen. Dies ist nicht zuletzt auch von unserer eigenen Fürbitte abhängig.

Marktplatz

Verkauf Immobilien

4 ½-Zi.-Einfamilienhaus in Rothrist, inkl. Umschwung mit Baupotential (062 794 20 12, werfeli@sunrise.ch)

Verkaufen

Schöne Aquarellbilder: Blumen und Landschaften, mit Rahmen, günstig. (055 210 50 10)

Vermieten

Frühling im Tessin: In Brusino Arsizio, 3-Zi.-Wohnung, ruhig, komfortabel, Seesicht, 4–6 Betten, günstig. (033 251 12 66, www.casamolino.ch)

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee, renoviert, hell, freundlich eingerichtet. Sehr viele Ausflugsmöglichkeiten, wandern, Velo fahren, baden, Schiff, ÖV in 2 Min. TV, Radio, CD, WLAN. Bis 2 Pers. CHF 60.–, ab 3 Pers. nach Absprache. Endreinigung CHF 70.–. (078 666 36 51)

«B&B for One» in Gstaad. Sonniges, wohnliches Zimmer mit Frühstück für eine Person. Eigenes Duschbad, W-LAN, Radio-CD-Player, kein TV. Wunderschöne Lage am Oberbort. CHF 80.–/N., CHF 500.–/W., Sa bis Sa, alles inkl. (079 302 43 86)

Freistehendes, mehrheitliches renoviertes 5.5 Zi.-Einfamilienhaus in Mattstetten, mit angebauter Gartenhalle, nicht zu grossem Umschwung, Gartenhaus u. Garage. Im OG offene Küche, Ess- u. Wohnraum, Schwebenofen, 3 Schlaf-Zi., Bad/WC. Im UG weiteres Zi., Keller, Waschküche, Sauna, D/WC, Heizung. MZ CHF 1950.–/M., exkl. NK. Per sofort od. nach Vereinbarung. (079 797 69 13, Eigentümer)

Offene Stellen

Zur Erweiterung unseres Teams suchen wir ab Mai oder nach Vereinbarung eine **jüngere, gelernte, kreative Floristin in Teilzeitanstellung**, in der Region Bern. Sie verfügen schon über etwas Berufserfahrung, sind selbstständiges Arbeiten gewohnt, sind belastbar und fahren Auto. Wir freuen uns auf Ihren Anruf. (079 288 37 45)

Verschenken

Viele gute, v.a. christliche Kinderkassetten u. Kinderbücher. Alles gut bis sehr gut erhalten. (056 424 06 33)

Neue Broschüre von General von Viebahn: **«Wie wachse ich im Glauben? Winke und Ratschläge für Neubekehrte»** Für alle Kinder Gottes, die im Glauben wachsen und Frucht bringen wollen für den Herrn Jesus! Für gezielte Einzel-Abgabe gedacht. Gratis beim Literatur-Dienst, Postfach 217,

3113 Rubigen b. Bern (079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch)

Neue Vortrags CD von Prof. Werner Gitt: «Was uns die Schöpfung lehrt: Kann die Schöpfung ein Gottesbeweis sein?» Für Fernstehende und (noch) Ungläubige bestens geeignet! Gratis beim Literatur-Dienst, Postfach 217, 3113 Rubigen BE (079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch)

Diverse

Zürich-Flughafen: Privat einmalig günstig parkieren! Wir übernehmen Ihren Wagen im Parking 3 und bringen ihn nach Ihrer Rückkehr dorthin zurück. (044 860 16 37, 079 667 57 42, www.tankstelle-soli.ch)

Die EDU lädt ein

30.3. Buchs SG: 19 h, GospelHouse, Wiedenstrasse 48: Multimedia-Präsentation der EDU Kanton St. Gallen «Die Bedrohung durch den IS – Stehen wir vor einer grossen Katastrophe?», mit Dr. theol. Roger Liebi

1.4. Effretikon: 20h, FEG, Industriestrasse 3, Gebäude der Stoll Reklamen, Gebetstreffen des Bezirks Pfäffikon/ZH. Auskunft: Peter Häni (079 388 46 01)

1./15./29.4. Männedorf: 13.30h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet (044 920 45 43)

7.4. Baden: 19.30h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet (056 222 53 79)

8.4. Zürich: 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet

11.4. Olten: Hotel Olten, 9.15h, Delegiertenversammlung der EDU Schweiz, 14–16 h Mitgliederversammlung

13./27.4. Steinmaur: 20h, KGH, Schulwiesstrasse 7: EDU-Gebet (044 865 20 32, 044 856 01 93)

18.4. Heiden: 8.30h, Hotel Linde, Hauptversammlung der EDU Appenzellerland, 9h: Frühstück, 10h: Vortrag «Zukunft unserer Kinder mit dem Lehrplan 21», mit Stefanie Mentth-Muogbo

30.4. Wil: 20h, FCG-Zentrum Speer, Speerstrasse 18a: Multimedia-Präsentation der EDU Kanton St. Gallen «Die Bedrohung durch den IS – Stehen wir vor einer grossen Katastrophe?», mit Dr. theol. Roger Liebi

05/2015 Der nächste «EDU Standpunkt» wird am 27. April versandt (Redaktionsschluss: 10. April, Druck: 23. April)

Christliche Anlässe

Evang. Freikirche Action Biblique Kapelle Siloah, Worbstrasse 328, Gümliigen

26.3. 19.30h, Kapellenabend «Die Zukunft des «Islamischen Staates» (IS): Was sagt die Bibel?», mit Dr. theol. Roger Liebi
30.4. 19.30h, Kapellenabend «Ich, das (geniale) Zufallsprodukt!», mit Robert Bächtold (www.ab-bern.ch)

Credo Schloss Unspunnen

27.3. Credo-Gebet (033 822 32 06, info@credo.ch)

Landeskirchliche Minorität

28.3. 9.30h, Heiden: Schalomtreffen mit Prof. Dr. Jacob Thiessen, Rektor der STH Basel

Ländli Oberägeri

30.3.–6.4. Passions- u. Ostertage «Dein Kreuz, mein Heil – deine Auferstehung, mein Leben»
10.–12.4. Sing-WE
17.–19.4. body & soul & spirit «Vitamine – für Leib, Seele u. Geist»
24.–26.4. cpd-Single-WE: Jubiläumstagung «30 Jahre cpd» (041 754 92 14, www.zentrum-laendli.ch)

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

2.–6.4. Ostertage mit Wolfgang Wegert
6.–26.4. Frühlings-Aktions-Wochen: 30% Rabatt
20.–23.4. Blockvorlesung «Missiologie», mit Detlef Blöcher
27.–29.4. Blockvorlesung «Gemeindebaulehre», mit Armin Mauerhofer (033 841 80 00, www.gaestehaus.ch)

Gemeinde für Christus

17.–19.4. Week-end féminin
20.4.–1.5. Ferienwoche für Senioren Anmeldung an Seminar- u. Freizeithaus Wydibühl, 3671 Herbligen (031 770 71 71, www.freizeithaus.gfc.ch)

Israel-Werke Schweiz

18.4. 13–17 h, Evang. Gemeinschaftswerk, Nägeligasse 9, Bern: Nationaler Israel-Gebetstag

Evang. Karmelmission

25.4. 19.30h, Freie Christliche Schule, Sigmundstrasse 1, Liestal/BL: Vortrag «Wie syrische Flüchtlinge im Libanon zu Jesus finden», mit Bruder Touma (Libanon) (077 433 20 95)

Avi Mizrachi

Vorträge mit Avi Mizrachi, Seniorpastor der messianischen Gemeinde Adonai Roi, in Tel Aviv (www.adonai-roi.com) «Juden mit dem Evangelium erreichen»
28.4. 20h, Kirche, Grundbachstrasse 5, Wattenwil/BE
29.4. 20h, Christus-Zentrum, Weitenaustrasse 6a, Schönenberg (FreundeVonAdonaiRoi@gmx.ch)

nach+

2.5. 9h, FCG Aarau, Delfterstrasse 14, Aarau: Anlass für Jugendliche ab 16 Jahren. Das nach+ soll junge Menschen motivieren, weiterhin Jesus kompromisslos nachzufolgen, die eigene Berufung zu finden und ihre Gaben in die Gemeinde zu investieren. Anmeldeschluss: 4.4. (www.nachplus.ch)



Bild: Harold Salzmann

Marktplatz-Tarife

• Verkaufen/Suchen:	20 CHF
• Verkaufen/Suchen von Immobilien:	80 CHF
• Vermieten:	50 CHF
• Verschenken:	gratis
• Offene Stellen:	50 CHF
• Stellensuche:	50 CHF
• Partnersuche:	50 CHF
• Verschiedenes:	50 CHF

Ihr Marktplatz-Inserat senden Sie bitte an:
EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 2144
3601 Thun
Per E-Mail an marktplatz@edu-schweiz.ch
Tel. 033 222 37 07



LESERBRIEFECKE

Sie kommen zu Wort

Interview mit Werner Gitt, «EDU-Standpunkt» 02-2015
Habe gerade die EDU-Zeitung und den Artikel von Prof. W. Gitt über Evolutionstheorie und Urknall gelesen. Ich bin auch zu 100% sicher, dass Gott uns, die Erde und das fast unendlich grosse Universum erschaffen hat. Durch die Entlarvung der Evolutions-Theorie durch eigenes Studium bin ich vor vielen Jahren zum Glauben an Jesus Christus gekommen und habe dies noch keinen einzigen Tag bereut.
Bitte senden Sie mir gem. Inserat in der EDU-Zeitung 20 Traktate «Schöpfung: Zufall oder Plan? – Prof. Gitt antwortet...» zum Verteilen an suchende Mitmenschen. {...}

Armin Fuchs, Muttenz BL

**«Islamisten als «Richter» des dekadenten Abendlandes»,
EDU-Standpunkt 02-2015**

Geschätzter Herr Wäfler, der HERR segne Sie in allem was Sie tun. Ich hatte schon lange das Gleiche im Herzen. Der Moslem sieht alle Ausschweifungen im Westen und verurteilt uns. Aber er verurteilt auch die Menschen, die ein aufrichtiges Christentum leben und tötet sie. Es genügt, wenn ein Christ sagt, dass Gott einen Sohn hat, um ihn der Gotteslästerung anzuklagen. Wenn der Moslem dann noch der Aufforderung im Koran folgt, wird er alle Religionen mit Krieg bekämpfen. Sobald er die ganze Welt besiegt hätte, wird er sich gegenseitig bekämpfen, weil sie nicht ganz desselben Glaubens sind (Sunniten, Schiiten, Aleviten usw., Anmerk. d. Red.). Leider haben immer mehr Moslems den Glauben, dass alle anderen Ungläubige sind und deshalb sind sie mit Gewalt zu bekämpfen. Wenn er (der Muslim, Anm. der Red.) die noch grösseren Gräueltat als andere, sieht er sich im Recht, weil er Gottes Willen tut. Der HERR gebe Euch Frieden.

Daniel Dreier, Kleinlützel SO

Liebe Redaktion

Eigentlich wollte ich das Abo «Standpunkt» kündigen. Aber die Märznummer ist so brillant, dass ich davon absehe. Aber diesmal konnte ich das Blatt kaum mehr aus der Hand legen. Alle sind einfach klar, entschieden, ohne Wenn und Aber! Frau Leisi ist mir schon immer «entgegen» gekommen. Vielleicht, weil sie auch in unseren Ostschweizer Medien durch ihre pointierten Stellungnahmen auffällt. Auch die alt Nationalräte Christian Waber und Markus Wäfler sind ein sicherer Wert und scheuen sich niemals, die Wahrheit zu sagen.
Danke an Alle – und viel Mut und Kraft, die Anwürfe der «Unwissenden» auszuhalten!

Annemarie Hilpert, Weinfeld TG

UDF TICINO

ELEZIONI CANTONALI 2015

Ci siamo!

Dalla fine di marzo si inizierà a votare per corrispondenza fino al 19 aprile quando verranno tirate le somme!

Come ho già scritto su queste pagine, data l'impossibilità pratica di presentarci da soli, UDF Ticino ha deciso, insieme con UDC ed Arealiberale (AL), di creare una nuova alleanza denominata «La Destra, UDC-UDF-AL» e di presentare liste sia per il Consiglio di Stato, sia per il Gran Consiglio.

La lista de «La Destra» è la numero 10.

Per il Consiglio di Stato il candidato UDF è Edo Pellegrini, n. 3.

Per il Gran Consiglio, oltre a Edo Pellegrini, n. 40 si candidano:

1. Elvio Albergati
2. Manuele Albergati
3. Olivia Albergati
8. Antonio Bosco
35. Patrizia Milani
39. Gabriel Pastor
43. Francesca Salatino
53. Marie Allegri
54. Mirto Allegri

Sosteneteci!

Non sarà facile per UDF entrare in Gran Consiglio, ma con il vostro voto e le vostre preghiere possiamo farcela.

Quindi, da fine marzo, tutti a votare «La Destra, UDC-UDF-AL» e a dare il voto preferenziale al sottoscritto ed agli altri candidati UDF!

Grazie di cuore!

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

**La Destra sostiene
i ticinesi.**



Area
Liberale

EDU+UDF

Wie negativ sind Negativzinsen?



Negativzinsen sind in der Schweiz das letzte Mal in den 1970er-Jahren angewendet worden, deshalb war dies bis vor kurzem nur einer Minderheit unserer Bevölkerung bekannt. Nun wurden im 4. Quartal 2014 von der SNB wieder solche eingeführt.

Nachdem am 15. Januar 2015 die Kursuntergrenze von 1.20 zum Euro weggefallen ist, hat die SNB als flankierende Massnahme den Negativzins sogar auf 0.75 % p.a. erhöht, in der Hoffnung, dass der Kurs CHF/EUR gegen 1.10 ansteigen wird. Damit wäre die mit der Aufhebung der Kursuntergrenze verbundene Aufwertung des CHF für unsere exportorientierte Wirtschaft etwas besser zu verkraften. Eine Bank muss ihre (kurzfristig) überschüssigen Gelder bei der SNB deponieren. Dafür verlangt diese nun einen Negativzins, welchen die Banken derzeit nur ihren grösseren Kunden weiterverrechnen werden. Sonst wären die Banken ggf. nicht mehr bereit, Kundengelder entgegenzunehmen, die ihnen ja nur Verluste bescheren.

Tiefzinsumfeld

Seit einigen Jahren bewegen wir uns in einem Tiefzinsumfeld mit unterschiedlichen Auswirkungen auf unser Land. Für Haus- und Wohnungseigentümer ist diese Situation – trotz der beibehaltenen Besteuerung des Eigenmietwertes – mehr als erfreulich. Die Kosten für Hypotheken sind auf ein historisches Tief gesunken, die Zinssätze für LIBOR-Hypotheken liegen derzeit bei vielen Banken sogar unter 1%, die Sätze für Festhypotheken bei ca. 1,5%. D.h., um eine Hypothekarschuld von 0,5 Mio. CHF verzinsen zu können, sind lediglich noch zwischen 5000 und 7500 CHF erforderlich!

Negativ ist es für die Banken, weil dadurch der Druck auf ihre Marge beim Zinsdifferenzgeschäft noch grösser geworden ist. Dies wird andererseits auch Auswirkungen auf das Bankpersonal zeitigen, Lohnerhöhungen werden spärlicher und Entlassungen häufiger werden. Kommt dazu, dass kleinere Banken z.T. zu mehr als ¾ von diesem Geschäftszweig leben. Im Weiteren gehen die Zinssenkungen zu einem grossen Teil zu Lasten der Sparer, die für ihr Geld heute praktisch nichts kriegen und dieses Nichts obendrein noch versteuern müssen. Obwohl Hypozinssenkungen unter bestimmten Voraussetzungen an die Mieter weitergegeben werden müssten, tut dies nur eine Minderheit der Eigentümer. V.a. sind es die Grossanleger, wie Versicherungen und Genossenschaften, die von sich aus Mietzinssenkungen vornehmen. Der grösste Teil der übrigen Eigentümerschaft gibt die niedrigen Hypozinsen selten weiter, wenn schon nur auf Nachfrage; die wenigsten Mieterinnen und Mieter getrauen sich, weil sie Nachteile befürchten, eine solche Mietzinssenkung überhaupt geltend zu machen.

Rentenzahlungen

Diese sind in der bisherigen Höhe längerfristig nicht mehr sichergestellt, denn bei den Sozialversicherungen hat das Niedrigzinsumfeld gravierende Auswirkungen auf die Finanzierung der laufenden sowie auf die Höhe der künftigen Renten. Die zweite Säule (BVG) kann mit den heutigen Zinssätzen auf dem Geld- und Kapitalmarkt langfristig die Rentenzahlungen nicht mehr finanzieren. Wie schon früher in einem meiner Artikel bemerkt, ergeben sich weiter auch grosse Finanzierungsprobleme wegen der steigenden Lebenserwartung.

Riskantere Anlagestrategie

Um im heutigen Niedrigzinsumfeld noch eine Rendite erzielen zu können, welche es

erlaubt, die eingegangenen Leistungsversprechen einzuhalten, weichen die Versicherer (Pensionskassen, Lebensversicherungen) vermehrt auf Anlagen in Aktien aus, die Kursgewinne generieren können und gut rentieren und/oder investieren in Liegenschaften, die derzeit ebenfalls (noch) die erforderlichen Renditen abwerfen und zudem laufend im Wert gestiegen sind. Dabei sind sie bereit, immer höhere Kurse bzw. Preise für die vorgenannte Anlagekategorie zu bezahlen. Weil andererseits die Wirtschaft wahrscheinlich stagnieren oder gar etwas zurückgehen wird und als Folge die Zahl der Arbeitslosen steigt, wird auch die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften abnehmen und der Bedarf nach Geschäfts- und Wohnräumen sinken. Bereits heute stehen rund 1 Million m² Geschäftsräume, v. a. in peripheren Gebieten leer; trotzdem wird munter weiter gebaut. Zudem wird in diesem wirtschaftlichen Umfeld der ohnehin sehr hohe Flächenbedarf pro Wohnung kaum mehr weiter ansteigen. Die Bildung einer Blase auf dem Immobilienmarkt, die jederzeit platzen könnte, ist dadurch in den kommenden Jahren wieder wahrscheinlicher geworden. Dies wäre mit einer hohen, heute nicht absehbaren Wertevernichtung verbunden. Der Wert eines Gutes richtet sich eben nach dem, was ein potentieller Nachfrager zu zahlen bereit ist.

Folgen für die Gesellschaft

Es wird trotz der Bemühungen der Gewerkschaften künftig schwieriger sein, substantielle Lohnerhöhungen durchzusetzen. Andererseits ist mit stetig ansteigenden Sozialbeiträgen und zumindest vorerst mit tieferen Neurenten zu rechnen. Die Nachfrage nach Konsumgütern und Wohnraum, damit die Beschäftigung generell, wird in den kommenden Jahren als Folge der geschilderten Rahmenbedingungen zurückgehen. Die Schweiz wird keine Insel bleiben. Ich könnte auf eine längere Sicht nicht einmal ausschliessen, dass auch unser Staat künftig im Konkursfalle einer Bank versuchen würde, sich z. B. am Eigentum spezifischer Anlegerkategorien zu vergreifen. Zypern lässt grüssen!

Arthur Gasser, Gemeinderat
Dübendorf



SCHLUSSPUNKT

Ein Hauch von Ewigkeit

Bild: iStock.com

Die vielen Menschen drängen sich dem Ausgang der Höhle zu, schubsen einander und rammen sich die Ellenbogen in die Rippen, schreien, stossen, rennen um ihr Leben. Nur so schnell wie möglich nach draussen, weg aus dieser unheimlichen Unterwelt, rette sich wer kann!

Was ist denn hier eigentlich los? Noch nicht gehört? Was, der Grottenolm ist los, der Grottenolm ist ausgebrochen! Huch, dieses riesige Ungeheuer, ein furchterregendes Überbleibsel aus der Urzeit, das sich in dieser Höhle versteckt hält. Meine Frau und ich lassen die Leute rennen. Furchtlos wie wir nun einmal sind, nehmen wir Deckung, warten und harren des grässlichen, menschenfressenden Olms, der da erscheinen soll. Aber nichts geschieht, kein feuerspeiender Drache, kein zähnefletschender Dino, gar nichts, eigentlich enttäuschend. Dafür entdecken wir um die Ecke einen feinen Lichtschimmer. Was kann das sein? Der «Gwunder» sticht uns, wir recken die Häse. Aha, ein beleuchteter Schaukasten steht da, gefüllt mit Wasser und einigen Steinen. Auf einer Info-Tafel lese ich etwas von Grottenolm. Etwas stimmt da nicht, der soll ja riesig sein, der hat unmöglich Platz in diesem Kasten. Ich lese die Beschreibung auf der Tafel und habe im Vorfeld wohl etwas falsch verstanden. Denn unser Freund Grottenolm ist überhaupt nicht gefährlich, geschweige denn ein riesiges Untier, weder ein feuerspuckendes noch brüllendes Unwesen. Da, nach einer längeren Suche erblicken wir ihn, Freund Grottenolm. Sogar drei von ihnen. Quicklebendig (allerdings ist kaum eine Bewegung auszumachen) und schön brav. Die Tierchen sind etwa 20–25

cm lang und ähneln einem Schwanzlurch oder einem Salamander. Langer Schwanz, kurze Beinchen, ganz nackt und winzige, verkümmerte Knopfaugen, mit denen er aber nichts sehen kann. Dafür ist der arme «Schlufi» wenigstens mit einem hervorragenden Tastsinn ausgerüstet worden. Er ist imstande, jahrelang nichts zu fressen und kann bis zu hundert Jahre alt werden. Seine Vorfahren zogen vor 65 Millionen Jahren (wer kann so was überhaupt bestimmen und ausrechnen?) nach einer kosmischen Katastrophe in die Karstregionen von Slowenien zurück. Der Grottenolm – ein berühmtes und geschütztes Höhlentier.

Richtig, wir befinden uns in der Höhle von Postojna in Slowenien

Es ist die grösste Tropfsteinhöhle Europas. 20 Kilometer gross, für den Tourismus sind aber nur 5 Kilometer zugänglich. Rasant fahren wir mit dem Tunnelzügli hinein. Schon auf dieser Fahrt kommt das grosse Staunen über uns. Nach zehn Minuten rütteln und schütteln geht's zu Fuss weiter. Hin und her, auf und ab durch Gänge, Schluchten, Säle. Ein Höhlensystem voller Schönheit, voller Erhabenheit, atemberaubend und unglaublich. Tropfsteine, einer nach dem andern – Stalagmiten und Stalaktiten heissen sie. Kunstvoll geformte Gebilde wie Wasserfälle, Orgelpfeifen und Fabelwesen. Keines dieser Kunstwerke gleicht dem andern, ist aber nach demselben Prinzip entstanden (steter Tropfen ...). Eine Märchenwelt, unwirklich, fantastisch und raffiniert beleuchtet. Sogar Konzerte und Gottesdienste stehen auf dem Programm in dieser unglaublichen Höhlenunterwelt.

Wenn man bedenkt, dass sich die Tropfsteine Zeit lassen, um gross zu werden – bis 50 Jahre pro Millimeter, es gibt welche, die sind weit über 10 Meter hoch – «hälfet mer

doch rächne!» – so kann ich nur staunen und feststellen: Ein Hauch von Ewigkeit ist da drinnen zu spüren. Ein heiliger Schauer erfasst uns beide in dieser wirklich unwirklichen Unterwelt.

Nachdenklich

So kehrten wir zurück von dieser Reise nach Slowenien mit der Erkenntnis: Alles hat ein Ende – auch die Höhlengänge von Postojna – nur die Ewigkeit nicht. Aber diese Vorstellung von grenzenlos, endlos, von Ewigkeit ist für mein kleines Hirn schon wieder zu gross, nicht zu fassen. Das sagt sich so leicht: Ewig, für immer. Für immer und ewig. Wer kann mir die Ewigkeit erklären? Hallo, ist da jemand? Mit solchen Gedanken muss sich Freund Grottenolm nicht herumschlagen. Er wird nicht ewig leben. Wir Christen dürfen uns aber schon jetzt auf das ewige Leben freuen. Jesus hat uns am Kreuz von Golgatha den Weg frei gemacht. Gehen wir ihn!

Ruedi Ritschard

In diesem Sinne und im Wissen um die Auferstehung unseres Herrn Jesus Christus wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, frohe Ostern.

Ihre Redaktion «EDU-Standpunkt»

Spenden in WIR

WIR-Spenden senden Sie bitte an



EDU Schweiz,
Postfach, 3601 Thun

Herzlichen Dank! Ihre EDU Schweiz

Herzliche Einladung zum Schulungstag der EDU Schweiz

Samstag, 18. April 2015, 9.30 bis 15.30 Uhr

Hotel Olten

mit Politologe und Wahlkampfspezialistin Dr. Louis Perron

«Wahlkampf – Erfolgsgarantie oder Geldverschwendung?»

Worauf kommt es im Wahlkampf an: Kandidat, Partei, Geld oder Berater?

Anmeldung bis 10. April 2015 an:

EDU Schweiz, Postfach 2144, 3601 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44,
info@edu-schweiz.ch oder auf www.edu-schweiz.ch

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Ferien unter Gottes Wort
IM SCHÖNEN TOGGENBURG
heimelige Pension in Hemberg
für Familien, Gruppen
und Einzelgäste
Tel. 071 377 15 85 www.missionshaus-alpenblick.com



Ich übersetze das Fachchinesisch der Hersteller und helfe bei der Bedienung von PC, Mac, Tablet, Drucker, Handy, Kamera, TV, Radio, Spielkonsole...

Jetzt anrufen (079 836 32 95) oder schreiben (sos@e-safari.ch) und eine E-Safari inklusive Support durch den Dschungel der Technik buchen!

NEU: Multimedia-Training für Senioren und Anfänger

052 235 10 00 | info@kultour.ch | www.kultour.ch

connect Forty4PLUS | Istrien
17. - 27. Juni 2015
Das Beste kommt noch!

Portugal | Lissabon & Algarve
15. - 26. September 2015
mit ERF Medien

... oder eine Reise nach Israel?
Inspiration pur!
www.kultour.ch

REISEGARANTIE

Direkt vom Bauer-ist schlauer!

zu verkaufen

Rind- und Kalbfleisch

aus Graubünden

10-kg Mischpakete Hackfleisch - Filet

Das Fleisch ist frisch, nach Ihren Wünschen portioniert, vakuumiert und angeschrieben. Persönliche Hauslieferung auf der Strecke Chur – Zürich – Aarau - Basel. Liefertermine auf Anfrage. Rindfleisch: Fr. 25.- / kg; Kalbfleisch: Fr. 30.- / kg

J. + C. Roffler-Jossen, Platta, 7232 Furna

081/332 30 13 roffler.cornelia@bluewin.ch